

Information der SPD-Fraktion zu Opel

- Unter der maßgeblichen Initiative von Frank-Walter Steinmeier hat die Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen, dass eine Insolvenz abgewendet und viele Arbeitsplätze gesichert werden. Bei einer Insolvenz wären rd. 130.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland gefährdet gewesen. 28.000 bei Opel in den 4 Standorten, 35.000 bei den deutschen Opel-Händlern, 70.000 bei den Zulieferbetrieben. Die Sicherung von Arbeit und Beschäftigung hat für die SPD Vorrang.
- In schwierigen Verhandlungen wurde erreicht, dass ein tragfähiges Konzept steht. Magna und General Motors haben sich geeinigt, dass Opel Deutschland und die europäischen GM-Firmen eigenständig die Produktion weiterführen können. Die neue Gesellschaft wird juristisch vor einer möglichen Insolvenz in den USA abgeschottet. Magna wird bei Opel einsteigen. Bund und Länder werden eine Brückenfinanzierung durch die Banken mit Bürgschaften absichern. Die Standorte in Deutschland werden erhalten.
- Die SPD begrüßt, dass die Bundesregierung selbstverständlich auch die Belange der europäischen Partner im Blick hat. Ziel war nicht nur, Standorte in Deutschland zu stabilisieren, sondern auch tragfähige Lösungen in ganz Europa anzustreben. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Deutschland in Europa dazu gut kooperiert.
- Frank-Walter Steinmeier erklärt: „Ich freue mich persönlich, dass das unverantwortliche Gerede über eine drohende Insolvenz ein Ende hat. Ich freue mich auch, dass die große Koalition sich nach vielem Hin und Her durchgerungen hat, hier an einem Strang zu ziehen. Unser beharrliches Drängen hat sich gelohnt. Ich war immer überzeugt, dass man mit gutem Willen und Engagement eine Lösung für die Arbeitsplätze bei Opel findet. Es ist gut für den Industriestandort Deutschland, dass eine Marke wie Opel eine gute Zukunft hat!“